

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

21. - 27. Februar 2026

Regierung Lecornu III: Nach dem Rücktritt von Rachida Dati wird Catherine Pégard neue Kulturministerin. Dati will sich ganz auf ihre Kandidatur bei den Pariser Kommunalwahlen am 15. und 22. März konzentrieren. Während ihrer Amtszeit wurden Kürzungen im Kulturbereich vorgenommen, eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks scheiterte. Im Zuge der Regierungsumbildung unter Premierminister Sébastien Lecornu werden zudem Sabrina Roubache (Bildung und Ausbildung), Maud Bregeon (Energie und weiterhin Regierungssprecherin), Camille Galliard-Minier (Autonomie und Menschen mit Behinderungen) sowie Jean-Didier Berger (beim Innenministerium) neu ins Kabinett berufen. Zuvor war Amélie de Montchalin an die Spitze des Rechnungshofs gewechselt und im Bereich der öffentlichen Finanzen durch David Amiel ersetzt worden.

Marine Le Pen will 2027 nicht für das Präsidentenamt kandidieren, falls sie nach dem Berufungsverfahren wegen des Verdachts auf Veruntreuung von EU-Geldern eine elektronische Fußfessel tragen muss. Unter solchen Bedingungen sei ein Wahlkampf nicht möglich, sagte sie in einem Interview mit BFM-TV. Ohne abendliche Wahlkampfveranstaltungen und direkte Treffen mit Wählern könne sie keine Kampagne führen – das käme faktisch einem Ausschluss von der Wahl gleich. Sollte sie nicht antreten, würde Jordan Bardella, Vorsitzender des *Rassemblement National*, für die Partei bei den Präsidentschaftswahlen antreten. Das Urteil des Berufungsgerichts von Paris wird am 7. Juli erwartet. In erster Instanz war Le Pen zu zwei Jahren elektronischer Fußfessel und fünf Jahren sofort wirksamer Unwählbarkeit verurteilt worden.

Die französische Nationalversammlung hat die von *Rassemblement National* und *La France Insoumise* eingebrachten Misstrauensanträge gegen die Regierung abgelehnt. Die Anträge richteten sich gegen die Veröffentlichung der mehrjährigen Energieplanung des Landes bis 2035 per Dekret. Die Anträge erzielten nur 140 Stimmen (RN) bzw. 108 Stimmen (LFI), weit entfernt von den benötigten 289 Stimmen, um Premierminister Sébastien Lecornu zu stürzen. RN-Abgeordneter Jean-Philippe Tanguy kritisierte die Regierung für ihr Vorgehen „gegen die demokratischen Regeln“, während LFI-Abgeordneter Maxime Laisney die Veröffentlichung der Energieplanung ohne Parlamentsvotum mit einer Art neuer „49.3“-Klausel verglich.

Die französische Nationalversammlung hat am 25. Februar 2026 in zweiter Lesung zwei Gesetze zur Sterbebegleitung verabschiedet: Die Ausweitung der Palliativversorgung, einschließlich der Einrichtung sogenannter „Maisons d'accompagnement“ (Begleithäuser), wurde mit 491 zu 0 Stimmen angenommen. Die Gesetzesregelung zur Sterbehilfe und zum assistierten Suizid erhielt 299 zu 226 Stimmen. Patienten dürfen den tödlichen Wirkstoff in der Regel selbst einnehmen; nur wenn sie körperlich dazu nicht in der Lage sind, übernimmt medizinisches Personal. Die linken Parteien befürworten im Allgemeinen eine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe. Die Partei *Les Républicains* ist in dieser Frage gespalten, aber eine Mehrheit der Mitglieder lehnt eine Legalisierung der Sterbehilfe ab. Das Verfahren ist jedoch noch nicht abgeschlossen: Der Senat, in dem eine konservative Mehrheit besteht, wird das Gesetz im April prüfen und dürfte ihm voraussichtlich nicht zustimmen. In diesem Fall müsste eine Kommission einen Kompromiss zwischen beiden Kammern ausarbeiten, bevor das Gesetz endgültig verabschiedet werden kann.

Sieben Personen wurden im Zusammenhang mit dem Tod des 23-jährigen Nationalisten Quentin Deranque in Lyon angeklagt. Der Aktivist starb am 14. Februar, zwei Tage nach einem Zusammenstoß mit linksradikalen Gruppen. Am Samstag versammelten sich rund 3.200 Menschen zu einem Trauermarsch. Offiziell ohne politische Symbole, kam es jedoch zu Nazi-Grüßen, homophoben Beleidigungen und Parolen gegen *La France Insoumise*. Vertreter der extremen Rechten bezeichneten den Marsch als „Rückeroberung der Straßen“ und machten Deranques Tod zu einem politischen Symbol. Der RN-Vorsitzende Bardella riet Parteimitgliedern, nicht am Trauermarsch teilzunehmen.

Der französische Außenminister Jean-Noël Barrot hat verfügt, dass der US-Botschafter in Paris, Charles Kushner, vorerst keinen direkten Zugang mehr zur französischen Regierung erhält. Grund dafür sind Kommentare der US-Administration zum Tod des jungen Nationalisten Quentin Deranque, die Frankreich als Einmischung in seine inneren

Angelegenheiten wertet. Kushner war am Montag zu einer Anhörung im Außenministerium geladen, erschien jedoch nicht und ließ sich stattdessen von einem Vertreter der Botschaft vertreten. Barrot betonte, Frankreich wehre sich gegen jede politische Instrumentalisierung des Vorfalles. Ein persönliches Treffen zwischen Barrot und Kushner ist in den kommenden Tagen geplant, um die Spannungen zu klären.

Emmanuel Macron fordert in einem Brief an Donald Trump die Aufhebung von US-Sanktionen gegen den früheren EU-Kommissar Thierry Breton und den ICC-Richter Nicolas Guillou. Breton darf wegen seiner Rolle bei der europäischen Digitalregulierung nicht mehr in die USA einreisen. Guillou wurde im Zusammenhang mit einem Verfahren des Internationalen Strafgerichtshof gegen Benjamin Netanyahu sanktioniert und verlor unter anderem den Zugang zu US-Diensten. Macron spricht von „ungerechtfertigten“ Maßnahmen und fordert Washington auf, die Entscheidungen zu revidieren. Eine Antwort aus den USA steht noch aus.

Am Mittwoch, den 25. Februar, wurde eine Drohne in der Nähe des französischen Flugzeugträgers Charles de Gaulle, der derzeit in Malmö liegt, von den schwedischen Streitkräften neutralisiert. Die Drohne befand sich etwa 10 km vom Flugzeugträger entfernt. Herkunft, Absicht und Ziel der Drohne sind noch unklar. Die Neutralisierung verlief laut dem französischen Generalstab ohne Störung des Schiffs. Ein schwedisches Marinefahrzeug hatte die Drohne während einer Patrouille im Öresund gesichtet. Der Flugzeugträger, Teil des französischen Luftwaffenverbands der Marine, macht in Malmö Station, bevor er an NATO-Übungen teilnimmt. Jean-Noël Barrot, Außenminister Frankreichs, wird am heutigen Freitag an Bord erwartet, um die schwedische Regierung zu empfangen.

Emmanuel Macron wird am kommenden Montag eine mit Spannung erwarteten Rede über die Rolle der französischen Nuklearabschreckung für die Sicherheit Europas halten. Die Rede findet auf der Île Longue in Brest statt, wo die vier französischen strategischen U-Boote stationiert sind, die die maritime Komponente der Nuklearstreitkräfte bilden, ergänzt durch die strategischen Luftstreitkräfte. Die Rede knüpft an eine frühere Ansprache von 2020 an, in der Macron einen „strategischen Dialog“ über die europäische Sicherheitsrolle der französischen Nuklearstreitkräfte vorgeschlagen hatte.

Christophe Leribault wird zum Präsidenten des Musée du Louvre ernannt. Dies bestätigte Regierungssprecherin Maud Bregeon nach dem Ministerrat. Der 63-jährige Kunsthistoriker folgt auf Laurence des Cars, die am 24. Februar im Zusammenhang mit der Krise nach dem Diebstahl der Kronjuwelen vom 19. Oktober 2025 zurückgetreten ist. Leribault war 2024 an die Spitze des Schlosses von Versailles berufen worden, um Catherine Pégard zu ersetzen. Bereits 2021 hatte er sich um die Leitung des Louvre beworben. Das Museum ist ihm zudem aus früherer Tätigkeit vertraut: 2006 wurde er dort zum Konservator in der Abteilung für grafische Künste ernannt.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Aurore Bergé, Beigeordnete Ministerin für die Gleichstellung von Frauen und Männern, hat den Vorsitzenden des *Rassemblement National* (RN), Jordan Bardella, aufgefordert, bei den anstehenden Kommunalwahlen RN-Kandidaten bereits im ersten Wahlgang dort zurückzuziehen, wo *La France Insoumise* (LFI) gewinnen könnte. Sie argumentiert: Wenn Bardella tatsächlich – wie von ihm angekündigt – einen „cordon sanitaire“ gegen LFI errichten wolle, müsse er verhindern, dass RN-Kandidaturen indirekt zu einem Sieg der Linkspopulisten führen. Hintergrund ist, dass Sozialisten und LFI lokal Bündnisse eingehen könnten, um ihrerseits RN-Erfolge zu verhindern. Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten: Führende LFI-Politiker wie Manuel Bompard warfen der Regierung vor, faktisch eine Verständigung mit dem RN anzustreben.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
1			

Platz 4

Zwischen 2021 und 2025 entwickelte sich Frankreich zu einem der wichtigsten Ziele für industrielle Investitionen weltweit und rangiert auf Platz vier mit rund 139 Mrd. USD empfangenen Mitteln. Diese Dynamik half der gesamten Europäischen Union, 2025 an Indien vorbeizuziehen, wie das Barometer von Trendeo, dem Institut für Reindustrialisierung CESI und McKinsey zeigt. Allerdings fließt fast die Hälfte dieser Investitionen (47 %) aus Frankreich ins Ausland. Die internationalen Investitionen konzentrieren sich stark auf drei Sektoren: Elektronik/Halbleiter, Pharmaindustrie und Rechenzentren. Diese drei Bereiche machen 75 % der Investitionen aus, wobei Rechenzentren allein knapp ein Drittel der globalen Investitionen (ca. 580 Mrd. USD) ausmachen.